



An den Grossen Rat

14.5656.02

WSU/P145656

Basel, 17. Dezember 2014

Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2014

Interpellation Nr. 119 von Toya Krummenacher betreffend „Stellenabbau bei Syngenta in Basel“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. Dezember 2014)

Der angekündigte, dramatische Stellenabbau bei Syngenta betrifft am Standort Basel 500 Arbeitsplätze. Rund 100 davon werden nach Stein (AG) verlagert, der Rest wird nach Grossbritannien verschoben oder geht ganz verloren. Die Forschung wird damit in Basel gänzlich aufgegeben und der Standort wird sich lediglich auf Headquarter- sowie forschungsunterstützende Funktionen beschränken.

Auch wenn die seit Anfang Jahr geltende Sozialplanpflicht vom Unternehmen verlangt, die betroffenen Mitarbeiter zu unterstützen und der Sozialplan den Eindruck vermittelt, dass auf die schwierige Situation der Mitarbeitenden über 50 Rücksicht genommen wird, zählen bei Syngenta scheinbar einzig Effizienz – und Profitsteigerung. Der Konzern legt sogar – ohne das geringste Schamgefühl – offen, dass es sich um eine Massnahme zur Gewinnmaximierung zulasten der Arbeitnehmenden im operativen Bereich handelt.

Für die betroffenen Mitarbeitenden und ihre Familien ist dies ein harter Schlag, haben viele von ihnen doch schon Jahre ihr Wissen und ihre Arbeitskraft in den Dienst dieses Unternehmens gestellt. Umso mehr muss Syngenta sich ihnen gegenüber – insbesondere älteren Mitarbeitenden – grosszügig zeigen und auch Hand für individuelle Lösungen über den Sozialplan hinaus bieten.

Aber auch für den Kanton Basel-Stadt hat dieser Stellenabbau Folgen. In Zukunft werden rund 500 Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung am Standort einfach fehlen. Zudem ist der Abzug der Forschung aus Basel bei Syngenta ein besorgniserregendes Signal. Nachdem in den letzten Jahrzehnten in Chemie/Pharma die Produktion grossmehrheitlich vom Standort Basel verschwand, wurden die verschwundenen Arbeitsplätze immerhin durch neue in Forschung und Entwicklung ersetzt. Jetzt aber scheint das Bekenntnis der Branche zum Forschungsstandort Basel ins Wanken zu kommen., Arbeitsplätze verschwinden ohne das neue geschaffen werden. Zudem werden uns im Kanton auch die Ausgaben dieser Beschäftigten fehlen – von Steuern, über Mieten bis Detailhandel und Gastronomie. Und nicht zuletzt wälzt Syngenta ihre Profitgier auf die Gesellschaft ab, in dem ein – hoffentlich kleiner – Teil dieser Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit kommen werden.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was unternimmt der Regierungsrat, um sich für die Erhaltung der bedrohten Stellen einzusetzen?
2. Wie gewährleistet der Regierungsrat, dass Syngenta den ins Auge gefassten Sozialplan grosszügig umsetzt?
3. Mit welchen wirksamen Massnahmen begegnet der Regierungsrat der Unsicherheit und den Ängsten der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?
4. Mit wie vielen Arbeitslosen rechnet das zuständige Amt?

5. Wie viele der Betroffenen sind über 50? Sieht der Regierungsrat besondere Massnahmen für diese Betroffenen vor (z.B. seitens des AWA bzw. RAV)?
6. Wie steht der Regierungsrat dazu, dass mit dem geplanten Stellenabbau die Forschung am Standort Basel von Syngenta aufgegeben wird? Wie schätzt die Regierung diesen Entscheid im Zusammenhang mit dem Bekenntnis der Pharma/Chemie zum Forschungsstandort Basel ein?
7. Welche Massnahmen ergreift die Regierung, um weiteren Arbeitsplatzverluste in der Branche Chemie/Pharma bzw. Life Sciences zu verhindern?
8. Wie hoch schätzt die Regierung die finanziellen Ausfälle für die lokalen KMUs (Zulieferer bis Gastronomie), die heute von Syngenta und ihren Beschäftigten leben? Kann sie dies überhaupt abschätzen?
9. Wie hoch werden die Steuerausfälle dieser Beschäftigten geschätzt?
10. Was passiert mit den nicht mehr benötigten Gebäuden?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Bemerkungen

Für jede Person und deren Angehörige ist der Verlust der Arbeitsstelle ein harter Schlag. Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt müssen sich jeden Monat zwischen 600 und 800 Menschen als arbeitslos anmelden. Ihnen stehen die Dienstleistungen des RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) und die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosenkasse zur Verfügung. In derselben schwierigen Situation stehen auch die Personen, welche durch eine Massenentlassung ihren Arbeitsplatz verlieren. Für sie stehen immerhin oftmals noch Unterstützungen aus einem Sozialplan zur Verfügung, so dass oft erst gar keine Arbeitslosigkeit eintritt. Die Leistungen aus einem Sozialplan können beispielsweise verlängerte Kündigungsfristen, Umbesetzung im gleichen Unternehmen, Outplacement, Weiterbildungen, vorzeitige Pensionierungen oder Abgangsentschädigungen sein.

Restrukturierungen in Unternehmen sind leider nicht auszuschliessen. Die Verantwortung und die Entscheidungskompetenz dazu liegen bei den Unternehmen. Der Regierungsrat erwartet und fordert von diesen Unternehmen, dass sie ihr Möglichstes tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden oder gegebenenfalls die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen, damit möglichst keine Arbeitslosigkeit entsteht. Durch gut ausgebaute Sozialpläne und deren angepasste Umsetzung kann Arbeitslosigkeit oft von allem Anfang an vermieden werden. Wichtige Faktoren dazu sind etwa, dass viel Zeit für die Neuorientierung und Stellensuche zur Verfügung steht und dass professionelle Beratung vorhanden ist.

2. Beantwortung der einzelnen Fragen

Frage 1: Was unternimmt der Regierungsrat, um sich für die Erhaltung der bedrohten Stellen einzusetzen?

Der Regierungsrat und die Verwaltung fordern von den Unternehmen regelmässig, dass sie ihr Möglichstes tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu reduzieren und die dennoch betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich bei der Neuorientierung und Stellensuche zu unterstützen.

Vorbeugend setzt sich der Regierungsrat zusammen mit dem Grossen Rat dafür ein, den Wirtschaftsstandort Basel attraktiv zu halten, so dass hier neue Arbeitsplätze geschaffen werden und bestehende erhalten bleiben.

Frage 2: Wie gewährleistet der Regierungsrat, dass Syngenta den ins Auge gefassten Sozialplan grosszügig umsetzt?

Es ist Aufgabe der Sozialpartner, die Umsetzung des Sozialplans zu begleiten. Immerhin hat der Regierungsrat Kenntnis vom hier zur Anwendung gelangenden Sozialplan und erachtet diesen im Quervergleich als sehr gut.

Frage 3: Mit welchen wirksamen Massnahmen begegnet der Regierungsrat der Unsicherheit und den Ängsten der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Die Unsicherheit um die berufliche Zukunft und die Ängste um die finanzielle Existenz belasten die betroffenen Personen sehr. Ganz davon befreien kann sie niemand. Haben die Betroffenen aber Vertrauen in ihre Fähigkeiten und die Wirksamkeit der unterstützenden Massnahmen aus dem Sozialplan oder notfalls der Arbeitslosenversicherung, so können Unsicherheit und Ängste reduziert werden. Das zuständige Amt für Wirtschaft und Arbeit unterstützt dies jeweils durch Beratung und Information der Unternehmen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Frage 4: Mit wie vielen Arbeitslosen rechnet das zuständige Amt?

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass der kleinere Teil der durch eine Massenentlassung betroffenen Personen effektiv arbeitslos wird. In Abhängigkeit von der Qualifikation der Betroffenen, der Qualität des Sozialplans und des Zustands des Arbeitsmarkts werden sogar häufig weniger als 25% der Betroffenen (häufig vorübergehend) arbeitslos, bei einigen grösseren Massenentlassungen der letzten Jahre konnten erfreulicherweise Quoten von unter 10% festgestellt werden.

Frage 5: Wie viele der Betroffenen sind über 50? Sieht der Regierungsrat besondere Massnahmen für diese Betroffenen vor (z.B. seitens des AWA bzw. RAV)?

Im Moment ist noch nicht bekannt, wie viele Personen genau betroffen sind und wie viele davon über 50 Jahre alt sind. Dementsprechend kann auch die Notwendigkeit von speziellen Massnahmen noch nicht beurteilt werden.

Frage 6: Wie steht der Regierungsrat dazu, dass mit dem geplanten Stellenabbau die Forschung am Standort Basel von Syngenta aufgegeben wird? Wie schätzt die Regierung diesen Entscheid im Zusammenhang mit dem Bekenntnis der Pharma/Chemie zum Forschungsstandort Basel ein?

Der bekanntgegebene Entscheid stellt den Forschungsstandort Schweiz für Syngenta in keiner Weise in Frage. Einer der weltweit wichtigsten Forschungsstandorte von Syngenta ist und bleibt in Stein/AG, wo weiterhin bedeutsame Investitionen in den Ausbau und die Weiterentwicklung getätigt werden. Basel bleibt Hauptsitz von Syngenta und die globalen strategischen Führungsfunktionen in Forschung und Entwicklung verbleiben somit in der Schweiz.

Die Stellen, die am Standort Basel abgebaut oder verlagert werden, betreffen hauptsächlich die Bereiche Global Operations und Vertrieb.

Damit ist auch gesagt, dass sich in Basel kein Forschungszentrum von Syngenta befindet.

Frage 7: Welche Massnahmen ergreift die Regierung, um weiteren Arbeitsplatzverluste in der Branche Chemie/Pharma bzw. Life Sciences zu verhindern?

Die Zahl der Arbeitsplätze in den Branchen Chemie und Pharma zusammen hat in den letzten Jahren zugenommen. Allerdings gingen in der reinen Chemie viele Arbeitsplätze verloren, neue Arbeitsplätze in der Pharma (Life Sciences) haben dies aber mehr als kompensiert.

Der Regierungsrat ist auf mehreren Ebenen aktiv, um die in den letzten zehn Jahren errungene Stellung in der Life Sciences-Industrie zu konsolidieren und der Industrie eine weitere positive Entwicklung punkto Wertschöpfung und Arbeitsplätzen am Standort Basel zu ermöglichen. Dazu gehören in erster Linie eine aktive Unternehmenspflege sowie die Umsetzung der mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Handelskammer beider Basel entwickelten Life Sciences-Strategie mit ihren beiden Schwerpunkten Forschung, Innovation und Unternehmertum sowie Aussenwirkung. Zentral ist auch, dass der Kanton über genügend geeignete Flächen verfügt, um kleineren und mittleren Unternehmen der Life Sciences die Gründung und das Wachstum in Basel-Stadt zu ermöglichen. Das Gleiche gilt für die chemische Industrie, wobei diese in Europa seit einigen Jahren eine tiefgreifende Restrukturierung durchmacht. Deshalb kann in der chemischen Industrie in den kommenden Jahren im besten Fall mit stabilen Beschäftigtenzahlen gerechnet werden.

Darüber hinaus arbeitet der Regierungsrat weiterhin gezielt am Erhalt und der Verbesserung der guten Standortfaktoren mit dem Ziel, dass weitere Arbeitsplätze geschaffen werden und ein Arbeitsplatzabbau möglichst vermieden werden kann.

Frage 8: Wie hoch schätzt die Regierung die finanziellen Ausfälle für die lokalen KMUs (Zulieferer bis Gastronomie), die heute von Syngenta und ihren Beschäftigten leben? Kann sie dies überhaupt abschätzen?

Dies kann nicht abgeschätzt werden. Es ist ja auch völlig offen, wie viele Beschäftigte von Syngenta die Region Basel verlassen oder den Konsum einschränken werden.

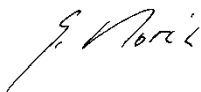
Frage 9: Wie hoch werden die Steuerausfälle dieser Beschäftigten geschätzt?

Es ist nicht bekannt, wie viele der Betroffenen in Zukunft wie viel weniger Einkommen haben werden und welche davon in Basel-Stadt Wohnsitz haben. Dementsprechend kann nicht abgeschätzt werden, ob und allenfalls wie viel Steuerausfälle entstehen könnten.

Frage 10: Was passiert mit den nicht mehr benötigten Gebäuden?

Dem Regierungsrat ist heute nicht bekannt, in welchen Gebäuden sich die vom angekündigten Stellenabbau betroffenen Arbeitsplätze befinden und welche Strategie die Syngenta für diese Gebäude verfolgt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin